



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 23/2018

### Inhalt

- + Debatte zur Buchpreisbindung
- + Plenardebatte zur Meisterpflicht
- + Gute-Kita-Gesetz kommt
- + Anhörung Geschäftsgeheimnisgesetz
- + Brexit-Antrag der Koalition
- + Debatte zur Menschenrechtserklärung
- + Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- + Rund um German Songwriting Awards
- + Landesgruppe trifft Olaf Scholz

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

in der letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Weihnachtspause wurden neben vielen anderen Beschlüssen im Plenum auch das Gute-Kita-Gesetz der SPD-Familienministerin Franziska Giffey mehrheitlich angenommen. Nachdem wir in der Vergangenheit die Kita-Platz-Situation verbessert haben, soll mit dem neuen Gesetz mehr Qualität, weniger Gebühren und bessere Betreuung ermöglicht werden.

In meinen zwei Plenardebattenbeiträgen diese Woche habe ich mich zu den Themen Meisterpflicht und Aufstiegsfortbildung bzw. zum Geschäftsgeheimnisschutz geäußert. Während bei ersterem unser Fokus vor allem auf der Ausbildung neuer Meister, Techniker und Fachwirte durch ein verbessertes Aufstiegs-BAföG liegt, will ich beim Geschäftsgeheimnisschutz erreichen, dass berechtigte Geheimnisschutzinteressen nicht dem öffentlichen Interesse an Aufklärung von Missständen entgegenstehen. Anklagen der Verursacher von Missständen und Schäden (in diesem Fall 55 Mrd. Euro Steuergeld), wie die laufende gegen den Chefredakteur des Recherchenetzwerks Correctiv, dürfen nicht genutzt werden, um die Pressefreiheit einzuschränken und Journalisten einzuschüchtern.

Als Sprecher für Kultur und Medien konnte ich diese Woche die Staatsministerin für Auswärtige Kultur und Bildungspolitik im Auswärtigen Amt, Michelle Müntefering, in der Arbeitsgruppe begrüßen und der German Songwriting Award wurde verliehen, dem ich als Gast beiwohnte. Am Montag in der Landesgruppe Hessen konnten wir Finanzminister Olaf Scholz zum Gespräch begrüßen.

Mit dieser Ausgabe des Brief aus Berlin möchte ich Ihnen und euch eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit wünschen sowie einen guten Start in das Neue Jahr.

Nun wünsche ich Ihnen/Euch allen ein angenehmes, Wochenende und viel Freude bei der Lektüre!

Martin Rabanus, MdB

## Plenardebatte zur Buchpreisbindung – das Kulturgut Buch erhalten und stärken



Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung einen Antrag zur Stärkung der Buchpreisbindung beraten. Anlässlich der Debatte im Plenum hielt ich als kultur- und medienpolitischer Sprecher und zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion eine [Rede](#):

Die deutsche Buchlandschaft mit ihrer Vielzahl an Autorinnen und Autoren, Verlagen und stationären Buchhandlungen zeichnet sich durch eine beeindruckende Vielfalt aus. Der daraus gegründete kulturelle Reichtum und die besondere Stellung des Buchs als Kulturgut sind prägend für Deutschland als Kulturnation und tragen in Zeiten des Wandels - wie Kultur überhaupt - entscheidend zur Identitätsstiftung bei.

Ein Buch ermöglicht es, die eigene Vorstellungskraft und Phantasie zu wecken und zu beflügeln. Es vermag im Sinne der Aufklärung Werte wie Menschenrechte und Meinungsfreiheit zu vermitteln und das kritische Denken anzuregen, es bildet, macht aufmerksam, bringt Verständnis und vermag Vergnügen zu bereiten.

Das seit 2002 geltende Buchpreisbindungsgesetz dient dem Schutz des Kulturgutes Buch.

Diese Preisbindung für Bücher im deutschsprachigen Kulturraum trägt dazu bei, dass eine große Vielfalt und Zahl von Titeln lieferbar ist. Ziel ist es dabei, das breite Angebot und den Markt für Verlagserzeugnisse vor Ort in den Städten und ländlichen Räumen zu sichern und so die kulturelle Rolle unseres Landes sowie das Kulturmedium Buch zu fördern. Seit dem 1. September 2016 gilt die Buchpreisbindung übrigens auch für E-Books.

Die Monopolkommission spricht sich in einem unverbindlichen Sondergutachten für die Abschaffung der Buchpreisbindung aus. Sie erkennt zwar die Schutzwürdigkeit des Kulturgutes Buch an, argumentiert aber aus einer rein ökonomischen Perspektive - so kommt sie zu den falschen Schlüssen.

Das Buch ist ein besonderes Gut, Wirtschaftsprodukt und Kulturgut zugleich. Bücher sind keine bloße Handelsware. Die Buchpreisbindung ermöglicht eine kulturelle Vielfalt auf dem Literaturmarkt: eine lebendige Buchkultur.

Die deutsche Buch- und Verlagsbranche steht vor großen Herausforderungen, die sich durch die zunehmende Digitalisierung der Marktplätze und die tiefgreifende Mediatisierung aller Lebensbereiche verschärfen. Die Buchpreisbindung leistet hier einen wichtigen Beitrag für bessere Rahmenbedingungen; die SPD-Bundestagsfraktion will sie daher schützen und erhalten. Die Buchpreisbindung ist für SPD nicht verhandelbar!

## Debatte zur Meisterpflicht und Weiterbildung: SPD macht Politik - Opposition fordert nur



Donnerstag standen Anträge der Oppositionsparteien AfD und FDP zur Debatte. Die Rechtspopulisten thematisierten in ihrem oberflächlichen, fachlich schlecht gearbeiteten Antrag die Meisterpflicht in Handwerksberufen. Während sie dies in ihrem Antrag forderten, habe ich in meinem [Redebeitrag](#) dazu deutlich gemacht, setzen SPD und Union ihre Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um und treiben die Überprüfung und, wenn rechtlich zulässig, die Wiedereinführung der Meisterpflicht in verschiedenen Handwerksberufen voran. Während die Opposition Forderungen stellt, handeln die Regierungsfractionen. Der FDP-Antrag zur Aufstiegsfortbildung erschöpfte sich darin, in drei von sechs Antragspunkten Überprüfungen zu fordern, statt konkrete Verbesserungen. Genau das habe ich zum Punkt gemacht – die Opposition fordert Verbesserungen, während wir bereits die Reform der Aufstiegsfortbildung bereits vorantreiben. Wir haben uns bereits auf wesentliche Punkte geeinigt. Wir wollen unter anderem die Gebührenfreiheit für Weiterbildungsmaßnahme, Prüfung und Meisterstück erreichen und Weiterbildungswillige mit Familien entlasten.

## Für mehr Qualität in der Kinderbetreuung – Gute-Kita-Gesetz kommt



Am Freitagvormittag wurde im Bundestag wieder sozialdemokratische Politik beschlossen: Mit dem Gute-Kita-Gesetz verbessern wir die Qualität in den KiTas und entlasten Familien bei den Gebühren. Wir wollen, dass Familien gut zurechtkommen und alle Kinder einen guten Start ins Leben haben. Deswegen investieren wir in den kommenden vier Jahren 5,5 Mrd. Euro in gute Kinderbetreuung. Eltern mit kleinem Einkommen (bspw. Bezieher von Kinderzuschlag oder Wohngeld) sollen keine Gebühren mehr bezahlen müssen. Kinder sollen die gleiche Chance für einen guten Start ins Leben bekommen - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die bundesweite und zielgenaue Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung ist ein wichtiger Schritt hin zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Durch die Beitragsbefreiung von Familien mit geringem Einkommen ebnen wir allen Kindern den Weg zu guter frühkindlicher Bildung. Jetzt ist die hessische schwarz-grüne Landesregierung am Zug, dass bewilligte Geld gut zu verteilen! Bei der Abstimmung haben übrigens Grüne, Linke, FDP und AfD GEGEN das Gute-Kita-Gesetz gestimmt und müssen folglich gegen mehr Geld für Kitas in Hessen sein.

## Geheimnisschutz vs. öffentliches Interesse? - Anhörung zum Geschäftsgeheimnisgesetz

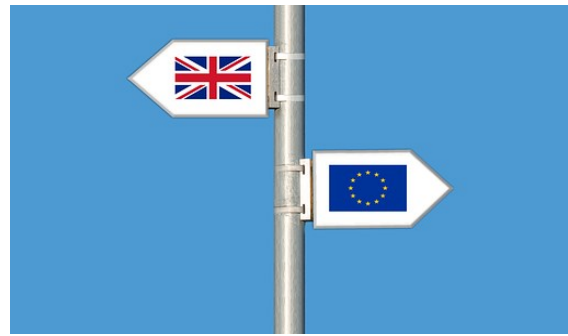


Am Mittwoch folgte ich als medienpolitischer Sprecher der Einladung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zur Anhörung zum Thema „Schutz von Geschäftsgeheimnissen“. Ich nahm an dieser Anhörung nicht teil, weil ich gegen den Schutz von Geschäftsgeheimnissen bin – ganz im Gegenteil.

Es bedarf jetzt einer klaren und sauberen Regelung, die die europäische Richtlinie umsetzt. Dies darf aber gleichzeitig nicht dazu führen, dass der Journalismus und die Medienfreiheit in Deutschland darunter leiden. Mit dem vorliegenden Entwurf des Justizministeriums wurde in der Anhörung durchaus kritisch umgegangen.

Für mich gilt als Maßstab, dass wir ein Gesetz erreichen, das Fälle, wie jetzt aktuell die Anklage gegen den Chefredakteur des Recherchenetzwerks Correctiv, von vornherein ausschließt. Journalistinnen und Journalisten, die diese Machenschaften aufdecken dürfen nicht mit einem Bein im Gefängnis stehen. Das muss die Messlatte für die Gesetzgebung sein.

## Koalitionsantrag nimmt Stellung zur Brexit-Vereinbarung – Vereinbarung bleibt bestehen



Mit dem diese Woche im Plenum angenommenen Antrag „Den Brexit geordnet vollziehen“ von SPD und Union begrüßen wir, dass die EU und die Verhandlungsführer des Vereinigten Königreichs eine Einigung über ein Austrittsabkommen erzielt haben. Zugleich formulierten wir die Erwartung, dass im nächsten Schritt der rechtlich verbindliche Abschluss des Abkommens gelingt. Die nun verschobene Abstimmung im britischen Unterhaus bestätigt, wie schwierig dies sein wird. Der Antrag betont daher, dass Nachverhandlungen keinen Erfolg haben werden, denn eine bessere und für beide Seiten fairere Vereinbarung wird es nicht geben. Und nur wenn es einen vertraglich geregelten Austritt gibt, können die künftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich so eng wie möglich ausgestaltet werden. Auch für den Bereich der Sicherheitskooperation streben wir eine möglichst weitgehende Fortführung der bisherigen Beziehungen an. Klar ist aber eine neue Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wird nicht mehr so eng sein wie es bei einer fortgeführten Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU möglich gewesen wäre.

## Engagement für Menschenrechte wichtiger denn je – 70 Jahre Menschenrechtserklärung



Mit einer interfraktionell vereinbarten Debatte würdigte der Deutsche Bundestag am Donnerstag die Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) durch die Vereinten Nationen vor 70 Jahren. Erstmals definierte die Weltgemeinschaft in 30 Artikeln individuelle als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die AEMR ist heute Grundlage internationaler Standards.

Das Prinzip der Menschenrechte – universell und unveräußerlich – wird derzeit zunehmend in Frage gestellt. Nicht nur in Kriegen wie in Syrien und im Jemen oder in autokratischen Staaten wie China oder Saudi-Arabien werden grundlegende Menschenrechte eingeschränkt und verletzt. Auch in Europa werden Pressegesetze verschärft, das Recht auf Bildung und Kultur beschnitten und freie Wahlen und faire Gerichtsverfahren verhindert.

Dieser Entwicklung muss sich Deutschland entschlossen entgegenstellen – in den Vereinten Nationen, dem Europarat und der Europäischen Union. Denn nur die strikte Einhaltung der Menschenrechte garantiert ein Leben in Freiheit und Sicherheit.

## Aktuelles aus dem Bereich Auswärtige Kultur- und Medienpolitik



Als stellvertretendes Mitglied des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nahm ich in dieser Woche auch an dieser Sitzung teil. Neben einem Gespräch mit dem neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), Herrn Prof. Dr. Ulrich Raulff, und einem Bericht der Bundesregierung zu „70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (10. Dezember 1948)“, stellte uns unsere Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik, Michelle Müntefering, die verschiedenen Projekte, Veranstaltungen und Aktivitäten des Auswärtigen Amtes rund um das aktuelle Deutschlandjahr in den USA vor. Unter dem Motto „Wunderbar together“ (#wunderbartogether) gibt es bis Ende 2019 mehr als 1000 Veranstaltungen überall in den USA.

Michelle Müntefering war am nächsten Tag zudem in der Sitzung der Arbeitsgruppe Kultur und Medien zu Gast, wo wir mit ihr unter anderem über das wichtige und aktuelle stark im Fokus stehende Thema des Umgangs mit Kulturgütern aus kolonialem Erbe sprachen.

## Rund um die Verleihung der German Songwriting Award



Am Mittwoch folgte ich der Einladung der GEMA zu einem Abendessen rund um die Verleihung der diesjährigen German Songwriting Awards. Die gelungene Veranstaltung bedeutete für mich einen interessanten Austausch mit Musikerinnen und Musikern sowie weiteren Akteuren aus Kultur und Management; so saß an meinem Tisch unter anderem der Sänger der Band Culcha Candela („Hammer“). In Gesprächen zum Beispiel über die Verwertungssituation bekam ich an diesem Abend ganz unmittelbar Einblicke in die Lebenspraxis von Musikerinnen und Musikern. Größtes Problem bei einer fairen Vergütung ist dabei nicht die illegale Verwendung ihrer Werke, sondern vielmehr sind es die oft sehr niedrigen Vergütungen, die Anbieter wie Youtube und Spotify den Urheberinnen und Urhebern für ihre online zugänglichen Werke leisten. Es gibt ein starkes Ungleichgewicht der übermächtigen globalen Player gegenüber den Künstlerinnen und Künstlern. Und das geht uns alle an, denn wir steuern durch unser Nutzerverhalten, ob es sich Musikerinnen und Musiker auch weiterhin leisten können, uns neue Musik zu schreiben.

## Olaf Scholz im Gespräch mit den Abgeordneten der Landesgruppe Hessen



Am Montagabend war der SPD-Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz auf Einladung der SPD-Landesgruppe Hessen zu Gast in unserer montäglichen Sitzung, in der Hessischen Landesvertretung in Berlin. Als „Herr der Finanzen“ in der Bundesregierung war Olaf Scholz in der Lage Auskünfte zu einem ganzen Blumenstrauß an Themen zu geben, die wir im Gespräch mit ihm ansprachen.

Neben der Grundgesetzänderung, die vor allem auch den Bildungsbereich betrifft und die vielen Milliarden Euro, mit denen der Bund die digitale Bildung in Schulen im ganzen Land voranbringen will, sprachen wir auch über die Entwicklungszusammenarbeit. Hier wurde vor allem die Nachhaltigkeit der Investitionen Deutschlands thematisiert, auf die das Bundesfinanzministerium ein großes Augenmerk lenkt. Ein weiteres Thema waren die Folgen des Brexit für den EU-Haushalt und somit auch für Deutschland als großen Beitragszahler in dem Staatenbund. Wir freuen uns, dass Vizekanzler Scholz, trotz der hohen Termindichte zum Jahresende, unserer Einladung in die Landesgruppe Hessen folgen konnte.

## Pressemitteilungen

[14.12.2018 - Buchpreisbindung für das Kulturgut Buch](#)

[13.12.2018 – Europa bestätigt den deutschen Rundfunkbeitrag](#)

PM Buchpreisbindung

### Termine

*17.12.2018, 17 Uhr*

*Treffen am Weihnachtskalender Eltville*

17.12.2018, 18 Uhr

Vorstandssitzung des SPD-Unterbezirks  
Rheingau-Taunus, Eltville

*18.12.2018, 15 Uhr*

*Kreistag Rheingau-Taunus-Kreis, Kurhaus Bad  
Schwalbach, Goetheplatz 44, 65307 Bad  
Schwalbach*

*19.12.2018, 17:30 Uhr*

*Stammtisch Eltviller Weihnachtstreiben, Eltville*

19.12.2018, 19 Uhr

Weihnachtsfeier SPD-Ortsverein Eltville

*Termine in kursiv sind öffentlich*